

Stolper Post

Tageszeitung
für Stadt und Land

Amthliches
Publikations-Organ



Erscheint wöchentlich sechsmal. Bezugspreis für den Monat 75 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 80 Goldpfennig. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolp, Präsidentenstr. 45. Fernsprecher 18.

Anzeigenpreis: Die 6gespaltene Kleinzeile oder deren Raum 20 Goldpfennig, für Inserenten im Stadtbezirk Stolp 10 Goldpfennig, für Stellengesuche und Familienanzeigen 50% Nachlaß; die 3gespaltene Kleinzeile 30 Goldpfennig. Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 10 Uhr.

Mit Gott für Volk und Vaterland

Nr. 19

Stolp, Montag, den 24. Januar 1927

51. Jahrgang

Vor Lösung der Krise.

Hoffnung auf Einigung.

Berlin, 22. Januar. (Amthlich.) Reichskanzler Dr. Marx begab sich heute vormittag zum Herrn Reichspräsidenten, berichte über den gestrigen Beschluß der Zentrumsfraktion und erkläre, daß er im Sinne dieses Beschlusses den Auftrag des Herrn Reichspräsidenten zur Regierungsbildung übernehme.

Berlin, 22. Januar. Amthlich wird ferner noch folgende Mitteilung ausgegeben:
Im Laufe des heutigen Vormittags trat das geschäftsführende Reichskabinett zur Erledigung einiger vorläufiger Angelegenheiten zusammen, die keinen Ausschub duldeten. Mit Fragen der Regierungsbildung befaßte sich das Reichskabinett nicht. In Ausführung des ihm vom Herrn Reichspräsidenten erteilten Auftrags hatte in den Mittagsstunden Herr Reichskanzler Dr. Marx zunächst eine Aussprache mit dem Reichsaussenminister Dr. Stresemann und Dr. Brauns und empfing im Laufe des Nachmittags hintereinander die Abgeordneten Koch, Gerelenz und Dr. Haas von der Deutschen demokratischen Partei, den Abgeordneten Prälaten Leicht von der Bayerischen Volkspartei und schließlich die Abgeordneten Graf Westarp und Wallraf von der Deutschnationalen Volkspartei. Die eingehenden Besprechungen mit den Parteiführern der verschiedenen Fraktionen werden am Montag fortgesetzt.

Berlin, 22. Januar. Die Verhandlungen, die Herr Marx heute mit den Vertretern der verschiedenen für die Bildung einer bürgerlichen Mehrheitsregierung in Frage kommenden Parteien geführt hat, hatten lediglich den Charakter einer ersten Fühlungnahme. Sie waren streng vertraulicher Natur. Es ist daher nicht bekannt, ob Herr Marx den Parteiführern bestimmte formulierte Richtlinien vorgelegt hat. Anscheinend hat er es aber unterlassen und wird wohl den Sonntag dazu benutzen, ein Verhandlungsprogramm aufzustellen, in das er auch bereits die in den heutigen Besprechungen mit den anderen Parteien gewonnenen Eindrücke und Anregungen miteinbeziehen dürfte.

Herr Marx scheint also den lokalen und üblichen Weg beratiger Verhandlungen einschlagen zu wollen und nicht den diktatorischen, den ihm die demokratische Presse vorschreiben will. Die enttäuschten Demokraten lassen es auch sonst nicht an Sabotageversuchen fehlen. Als ein solcher Versuch ist der von Herrn Koch heute nachmittag Dr. Marx gemachte Vorstoß anzusehen, das gestrige Manifest des Zentrums allen Parteien „zur Annahme“ zu unterbreiten, es also auch den Sozialdemokraten vorzulegen. Der demokratische Vorschlag ist so trivial, daß er überhaupt nicht ernst genommen werden kann. Wenn man von allen Parteien des Reichstages verlangen wollte, daß sie das Parteiprogramm des Zentrums — denn nichts anderes stellt die gestrige Kundgebung dar — annehmen, so könnte man ebensogut fordern, daß alle diese Parteien auf ihre selbständige Existenz verzichten und in der Zentrumspartei aufgehen sollten. Daß Herr Marx, wie von demokratischer Seite behauptet wird, diese absurde Zumutung angenommen haben soll, ist ganz unglaubhaft. In Wirklichkeit dürfte er die Herren Demokraten mit einigen wohlwollenden Nebenarten abgepeißt haben. Immerhin muß mit weiteren demokratischen Störversuchen gerechnet werden.

Wie wir von deutschnationaler Seite hören, wird die deutschnationale Reichstagsfraktion für die am Montag beginnenden offiziellen Verhandlungen eine besondere Kommission ernennen, der die Abgeordneten Graf Westarp, Wallraf und Trebitanus und vermutlich noch einige andere Herren angehören werden, deren Namen noch nicht endgültig feststehen. Der Verlauf der heutigen ersten Fühlungnahme mit Marx, die sich in durchaus lokaler Weise abgespielt hat, hat auch in maßgebenden deutschnationalen Kreisen die Hoffnung erweckt, daß man schließlich zu einer Einigung kommen wird.

Das neue Kabinett spätestens Donnerstag?
Berlin, 22. Januar. Herr Marx sagte heute mittag zu seinen Parteifreunden, er gedente spätestens am Donnerstag das neue Kabinett gebildet zu haben. Wenn vorher Schwierigkeiten eintreten sollten, würde er bis Mittwoch dem Reichspräsidenten den Auftrag zurückgeben.

Aus dem Reichstag.

Berlin, 22. Januar.

Bei sehr schwach besetztem Hause wurde zunächst in allen drei Lesungen der Gesetzentwurf über die Zudering der Weine des Jahres 1926 angenommen. Dann wurde die zweite Beratung des Gesetzentwurfs zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten fortgesetzt.

Abg. Noos (Ztr.) erklärte, das Zentrum werde dem Gesetz in der Ausschlußfassung zustimmen, obwohl nicht alle seine

Wünsche erfüllt seien.

Abg. Frau Schröder (Soz.) beantragte die Bestrafung der Prostitution nur für den Fall, daß sie betrieben wird in einer Wohnung, in der Jugendliche zwischen 3 und 18 Jahren wohnen.

Abg. Frau Dr. Lüders (Dem.) bezeichnete das Gesetz trotz mancher Mängel doch als einen großen Fortschritt.

Abg. Frau Neubaus (Ztr.) bezeichnete die Fassung des Paragr. 15, der die Reglementierung mißbilligt, als ein Kompromiß, das nicht alle Parteien befriedigen kann.

Ministerialdirektor Dr. Dammann führte aus, der Gesetzentwurf sei vom Ausschuss sehr sorgfältig vorbereitet worden und seine schnelle Verabschiedung sei wünschenswert. Es handle sich bei der vorliegenden Fassung um ein Kompromiß, das nicht jeden befriedigen könne. Es wäre aber bedauerlich, wenn durch Änderungsanträge das Werk der Einigung zerstört würde.

Damit schloß die allgemeine Aussprache. Paragr. 1 wurde angenommen. Die Einzelberatung wurde nach kurzen Bemerkungen der Abg. Frau Reiche (Soz.) und Dr. Bayerdörfer (Bav. Vp.) um 2 1/2 Uhr auf Montag 4 Uhr vertagt.

Die Wohlfahrtsdebatte.

Aus dem Preussischen Landtag.

Berlin, 22. Januar 1927.

Im Landtag wurde die Beratung des Wohlfahrtsauswahls bei der allgemeinen Aussprache zum Abschnitt Volkswohlfahrt fortgesetzt.

Abg. Dr. Böhm (D. Vp.) übte scharfe Kritik, daß im Etat gerade die Volkswohlfahrt so schlecht bedacht sei. Der Finanzminister habe offenbar ein geringes Interesse an der Arbeit für die Volkswohlfahrt.

Abg. Freifrau v. Watter (Du.) hebt hervor, daß ihre Partei 1925 in der Reichsregierung bewiesen habe, daß sie für den Ausbau der Sozialversicherung eintrete; daß es den Krankenkassen nicht schlecht gehe, ergebe sich daraus, daß sie erstensicherweise fortgesetzt ihre Leistungen erhöhen könnten.

Abg. Weidenreich (D. Vpt.) erklärt, ein besseres Verhältnis zwischen Krankenkassen und Ärzten ist nur durch gegenseitiges Vertrauen und Achtung zu begründen.

Die allgemeine Besprechung über den Abschnitt Volkswohlfahrt ist damit beendet.

Es folgt die allgemeine Aussprache über den Abschnitt Allgemeine Volkswohlfahrt.

Frau Abg. Heßberger (Ztr.) erörtert die private Wohlfahrtspflege. Die Vereine und Anstalten hätten hervorragende Leistungen aufzuweisen. Für die weiblichen Erwerbslosen, deren Zahl sich auf 275 000 belaufe, müsse endlich mehr geschehen. Zu empfehlen sei, ein 9. Schuljahr einzuführen, für eine gründliche fränkische Ausbildung zu sorgen. Für die Not der Kleinrentner sei noch viel zu wenig Verständnis vorhanden.

Abg. Schmiljan (Dem.) bedauert die geringen Etatsätze und verweist auf die Finanzlage des Staates. Eine 10prozentige Ausgabenkürzung dürfe bei den Ansätzen für die Gesundheitspflege nicht erfolgen. In der Kleinrentnerfürsorge müsse das Reich die Fürsorge übernehmen und ein gesetzlicher Anspruch auf die Renten gewährt werden. Die produktive Erwerbslosenfürsorge müsse energischer gefördert werden. Mit Zuschüssen an Gemeinden dürfe man hier nicht zurückhaltend sein. Montag Fortsetzung der Aussprache.

Frankreich in Waffen.

Ein französischer Gesetzentwurf.

Vor dem Heeresauschuss der französischen Kammer hat der sozialistische Abgeordnete Boncour über den Gesetzentwurf betreffend die allgemeine Organisierung der Nation für die Kriegszeit Bericht erstattet. Als hauptsächlichste Grundsätze, die bei diesem Gesetzentwurf bestimmend waren, gab Paul Boncour folgende an:

1. Man kann nicht verkennen, daß trotz der Entwicklung der internationalen Solidarität und trotz der entschlossenen Friedensbemühungen Frankreichs der Krieg möglich ist. Ob aber der Krieg nun lang oder kurz ist, er wird nicht ein rein militärischer sein. Er kann nur noch ein Gesamtkrieg sein.

Unter Auserachlassung der alten Unterscheidung zwischen Zivilpersonen und Militärpersonen muß jedermann in den Kampf einsteigen und die Hilfsquellen der gesamten Nation müssen herangezogen werden.

Die Vorbereitung der nationalen Mobilisierung werden auf alle Formen der Tätigkeit des Landes sich beziehen müssen. Daraus folgert, daß die Tätigkeit der Regierung sich nicht ausschließlich im Rahmen der mit militärischen Dingen

befassten Ministerien bewegen kann. Die Tätigkeit der Regierung muß vereinhheitlich werden, ohne daß es sich darum handeln könnte, etwa die zivilen Ministerien zu militarisieren.

2. Die Organisierung für die Kriegszeit muß der politischen, verwaltungspolitischen und wirtschaftspolitischen Organisierung in Friedenszeiten angepaßt werden. Und zwar muß das in der Weise geschehen, daß der Uebergang von der einen zur anderen Organisierung entsprechend einem vorher genau ausgearbeiteten Plan leicht von statten gehen kann, und daß die Vorbereitung der nationalen Verteidigung der friedlichen Tätigkeit des Landes keine Hindernisse in den Weg legt.

In allgemeinen führte Paul Boncour noch aus, daß der Gesetzentwurf den Grundgedanke aufstelle, daß die Pflicht, an der nationalen Verteidigung teilzunehmen, sich auf alle Franzosen beiderlei Geschlechts sowie auf alle Vereinigungen beziehe. Außerdem soll in dem Entwurf der Regierung ein Requisitionsgesetz eingebracht werden, das bisher nur den Militärbehörden zustand. Die Regierung soll ferner die Möglichkeit haben, sich das Eigentum an den die nationale Verteidigung interessierenden Erfindungen zu sichern.

Russischer Protest an Frankreich.

Gegen das französisch-rumänische Bündnis.

Berlin, 22. Januar. Wie aus Paris gemeldet wird, kündigt die russische Botschaft eine Demarche der Sowjet-Regierung vor dem Anfang der kommenden Woche bei der französischen Regierung an, die sich gegen den französisch-rumänischen Bündnisvertrag richten wird. Wie erst jetzt bekannt wird, hat die russische Regierung bereits gelegentlich der Unterzeichnung dieses Vertrages am 2. Oktober vorigen Jahres bei der französischen Regierung scharfe Verwahrung dagegen eingelegt mit der Begründung, daß dieser Vertrag die formelle Anerkennung der Amerikaner Bessarabiens durch Rumänien bedeutet.

Das Elend im besetzten Gebiet.

Kaiserlautern, 22. Januar. Die französische Besatzungsbehörde in Kaiserlautern hat im Auftrage des kommandierenden Generals des 32. französischen Armeekorps dem Oberbürgermeister der Stadt mitgeteilt, daß ein Strafverfahren gegen ihn eingeleitet würde, wenn das durch Requisitionsbefehl vom 24. Dezember beschlagnahmte Doppelhaus der Gagsah (Gemeinnützige Gesellschaft für Angestelltenheimstätten) nicht bis zum 25. Januar, nachmittags 3 Uhr, geräumt sei. Die Besatzungsbehörde scheint gewillt zu sein, die Beschlagnahme des Doppelhauses zur Unterbringung von Unteroffiziersfamilien trotz der Vorstellungen der deutschen Stellen aufrecht erhalten zu wollen. Die Stadtverwaltung hat sich bereit erklärt, der französischen Besatzungsbehörde für die Unteroffiziersfamilien andere Gebäude zur Verfügung zu stellen.

Der Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete, der bereits seit Wochen mit der Rheinlandkommission wegen der Beschlagnahme der Gagsah-Häuser verhandelt, hat sich erneut an den Präsidenten der Rheinlandkommission gewandt.

Die Reichswehr — „ein Kleinod“.

Ja, so ist es, und dieser Ausdruck kommt sogar aus sozialdemokratischem Munde.

In der Umgebung Dresdens hielten in diesen Tagen Teile der 4. Reichswehr-Division eine größere Übung ab. Das veranlaßte den „Volkstags“, das Organ der Allen Sozialdemokratischen Partei, folgendes zu schreiben:

„Doppelt hart empfindet man es, daß diese Reste der ehemaligen starken Wehrmacht nicht von allen Volksschichten als ein Kleinod betrachtet und behandelt werden, das sorgfältig gepflegt wird. Es ist bitter, sich dessen zu erinnern, daß diese Reichswehr inmitten eines fanatischen und habgierigen innenpolitischen Kampfes steht, daß Kräfte und Werte sind, die noch weiter zu schwächen, sie zu zerlegen und nach Möglichkeit ganz zum Verschwinden zu bringen. Das in einer Zeit, in der Deutschland sogar das Recht bestritten werden soll, auf seine Verteidigung im Osten zu zählen, indem die ganze Ostfronte auf polnisches Verlangen hin bloßgelegt und gelockert werden soll, das in derselben Zeit, in der sogar französische Sozialisten unter Führung von Paul Boncour Klüftungsprogramme ausarbeiten, die auf eine Erhaltung der französischen Wehrmacht hinführen und die nichts von dem pazifistischen wehrfeindlichen Geist enthalten, dem die deutschen Linksparteien anhängen.“

Das ist ein wahres und aufrechtes Wort! Man muß dabei aber auch bedenken, daß sich die Altsozialdemokraten Sachsen von der Sozialdemokratischen Partei (unter Berliner Führung) getrennt haben. Die Haltung des altsozialistischen Hauptorgans gegen die Reichswehr unterscheidet sich also wesentlich von der Art, in der die sozialistische und demokratische Presse die Reichswehr zu behandeln pflegt. Auch die Alt-

Unterstützt nicht die Hausbettelei durch Geldgaben, sondern kauft
Gutscheine der städtischen Volksküche
 zur Ausgabe an Bettelnde.
 12 Gutscheine kosten 1.— Mt.
 und sind vorläufig zu haben.

A. Lemme & Co., Langestraße 64
 Emil Wolsdorff Inh. Paul Hartmann, Markt 15
 Hotel Kaiserhof, Neutorstraße
 Max Bröske, Neutorstraße 14
 Paul Albrecht, Bahnhofsstraße 15

Die Verwaltung der städtischen Volksküche.
 W. Laenen, Stadtrat.

Die Geburt einer gesunden

Tochter

geben gekannt

Martin Steifensand=Viatrow
 Laurette Steifensand
 geb. von Hanstein.

Stettin, den 22. Januar 1927.

Preisermäßigung!

Bis auf weiteres verkaufen wir:

Bernhardiner,

vollfetter Tilsiter Käse in Stangenform zu
 Mark 1,20 je Pfund

Tilsiter

vollfett zu Mark 1,20 je Pfund

Frühstückskäse

vollfett zu 30 Pfennig je Stück.

Molkerei Stolp

Maschinen-
 Zylinder-
 Motoren-
 Zentrifugen-
 Auto-
 Leder-

Maschinen-
 Wagen-
 Leder-
 Huf-

**Oele
 Fette**

In. Treibriemen
 2-teilige Holzriemenscheiben

J. de Veer, Stolp, Langestr. 13.
 Fernspr. 892. Gegr. 1862.

Prima

Oberschl. Steinkohlen

Niederl. Brissetts

Oberschl. Hüttenkoks

ab Lager und frei Haus in jeder gewünschten
 Menge sofort lieferbar.

Wilhelm Moldenhauer

Holstentorstr. 23 und Triftstr. 41. Fernruf 153.

Reparaturen

schnell, gewissenhaft, billig.

Uhrmacher C. Haar

Markt 19.



**Die
 Halpaus-Cigarette**
 zu 4 Pfg.

Warum aber eine „RARITÄT“?
 Weil diese Halpaus-Cigarette „Etwas Besonderes“ ist,
ein weisser Rabe
 unter den Cigaretten ihrer Preislage.

Unsere
RARITÄT
 №200

ist die weitaus beste, daher meist-gerauchte
 4 Pfg. Cigarette Deutschlands.



GLÄNZEND BEWÄHRT

Lieferungs-Analyse:

34,45% Protein, verdaulich 92,08%, 6,68% Fett,
 Stärkewerte 71%

Paul Kaminsky, STOLP
 i. Pom.

Dr. Höpfners

chirurg. u. orthopäd. Privat-Klinik
 Stolp i. Pom. — Wasserstr. 20.

Neuzeitliche Röntgen-Anstalt
 Behandlung von Geschwülsten operativ
 oder durch Tiefenbestrahlung.
 Werttägl. 9—11, 3—4.

**Bockbiermützen
 Gesichtsmasken
 Papiergirlanden
 Luftschlangen**

in großer Auswahl

RONDE'S Papierhandlung

Stolp i. Pom., Holstentorstraße 4.
 Fernrufcher 582.

Felzgarnituren

Mantelbesätze und Pelzhüte
 werden neu angefertigt u. umgearbeitet zu billigen Preisen.
 Damenhüte neu am Lager
 Alte Hüte werden umgearbeitet.

W. Wilewski, Wollweberstraße 9

Heirat

hübsche Dame, 20 Jahre alt
 mit 350 000 Dollar Bar-
 vermögen, wünscht tüchtigen,
 soliden Ehegatten, durch

Frau Sander,
 Berlin-Wilmersdorf
 Brandenburgischestraße 46.

**Edelste
 Biere**

in Siphons
 Flaschen, Gebinden
Ad. Krüger,
 Mittelstraße 10

la. Bohnermaße

in bekannter Güte empor
J. de Veer, Langestraße 13.

Stadttheater

Telephon 419.

Montag, den 24. Januar

abends 8 Uhr

Gastspiel Emmy Wöbbecke

„Utschi“

Operette in drei Akten
 von F. Gilbert.

Dienstag, den 25. Januar

abends 8 Uhr

„Robale und Liebe“

Dramenstück in fünf Akten
 von Schiller.

Lady Milford:
 Adolfine Hoffmann
 vom Nationaltheater Weimar
 als Gast